

Haushaltsrede OB Gabriele Zull

zur Einbringung des Haushaltsplan-Entwurfs 2025
am Dienstag, 5. November 2024

Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Bürgerinnen und Bürger,
Liebe Stadträtinnen und Stadträte,

einen Haushaltsplan unter den derzeitigen wirtschaftlichen Bedingungen aufzustellen, gleicht einer Quadratur des Kreises, einer Sisyphos-Arbeit. So oft Sie den Stein nach oben rollen, das Gefälle drückt ihn wieder nach unten.

Zahlreiche Kommunen haben ihre Haushaltseinbringung bereits verschoben – warum?

Die **Eckdaten unserer Wirtschaft gleichen einem Schreckensszenario!** Sinkende staatliche Einnahmen, da die Wirtschaft stagniert beziehungsweise bisherige Leitsektoren kriseln. Die Stuttgarter Zeitung titelt, dass bis zu 190.000 Arbeitsplätze in der Autobranche bedroht seien. Die Szenarien, die mit einer schwächelnden Autoindustrie verbunden sind, sind uns seit Jahren bekannt. Parallel dazu **steigende Kosten vor allem im Bereich Personal und Energie, Klimaschutz sowie steigende Transferleistungen im sozialen Bereich wie bei der Kinder- und Schülerbetreuung.**

Diese **beiden Entwicklungen treffen auf kommunale Haushalte die – um es klar zu formulieren – seit Jahren an ihre Grenzen gestoßen bzw. darüber hinausgegangen sind.** Bis auf wenige Ausnahmen mussten die Kommunen bereits in den vergangenen Jahren deutliche Streichungen vornehmen, um rechtskonforme Haushalte aufzustellen. **Darunter leiden**

- die **Infrastruktur**, die nicht ausreichend instandgesetzt werden kann,
- die **Gebäudestruktur**, die nicht modernisiert werden kann oder auch
- die Durchführung von **vorausschauenden Projekten im Bereich Klimaschutz, Wirtschaft, Grünplanung oder Bürgerbeteiligung**, sie können nicht umgesetzt werden.

Manche Kommunen haben bereits gegen diese Finanzlagen geklagt – sie geben den Kommunen keine Handlungsfreiheit mehr. Sie schränken unsere kommunale Selbstverwaltung ein, da die nicht ausreichend finanzierten Pflichtaufgaben uns die „Luft zum Atmen“ nehmen.

Die Aufstellung eines **Haushaltes ist immer eine Standortbestimmung** und ein Fahrplan – aber wo stehen wir, wenn wir feststellen müssen, dass der Ergebnishaushalt im zweistelligen Millionenbereich defizitär ist, dass also die laufenden Kosten für Personal, Unterhaltung und Betrieb uns die Luft abschnüren und durch die Erträge aus Gebühren, Entgelten und Steuern nicht mehr gedeckt werden können? **Wie müssen wir uns aufstellen, dass wir trotz der hohen Belastungen unsere Stadt weiterhin zukunftsorientiert und nachhaltig entwickeln können?**

Liebe Stadträtinnen und Stadträte,

vor uns steht keine leichte Aufgabe – es ist äußerst herausfordernd unter den politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen so zu agieren, dass wir finanziell wieder „Boden unter die Füße“ bekommen.

Die Vorzeichen waren erkennbar: **Seit Jahren mahnen Sie und wir bei der Haushaltsaufstellung, dass die Fixkosten zu hoch sind, dass die Aufgabenvielfalt uns überfordert, dass das „Weiterreichen“ von staatlichen Anforderungen nicht ausreichend finanziert ist.** Und wir haben reagiert: Wir haben im vergangenen Jahr den Haushalt nach zahlreichen Korrekturen und Streichungen genehmigungskonform verabschieden können. Trotz aller Aus- und Aufgabendisziplin hat sich aber unsere Hoffnung aber nicht erfüllt, dass sich eine Besserung einstellt. Das Gegenteil war der Fall! Dies hat nicht eine signifikante Ursache, sondern ist die Summe aus vielen verschiedenen Faktoren. Lassen Sie mich ein paar davon aufzählen:

Im Ergebnishaushalt sind die Personalkosten ein wichtiger Baustein. Sie machen 24 Prozent aus.

Im vergangenen Jahr gab es – aus verständlichen Gründen – eine **überdurchschnittliche Tarifierhöhung** für die Mitarbeitenden in der Stadtverwaltung, der Abschluss lag rund drei Millionen Euro über den üblichen Abschlüssen – wohlgemerkt diese Kosten fallen jedes Jahr an!

Den Stadtverwaltungen sind immer neue Aufgaben zugefallen. Allein im Bereich Kinder, Schule, Sport – also im Bereich der Betreuung – sind in den vergangenen Jahren 38 Stellen neu geschaffen worden. **Jede dritte neue Stelle der letzten zehn Jahre ist in diesem Bereich entstanden.** Auch in anderen Bereichen sind zusätzliche Aufgaben an die Kommunen weitergegeben worden: **Klimaschutz oder Wärmeplanung, Brandschutz, Geflüchtete und diverse andere Themen – alles für sich sinnvoll, aber nicht mit einer ausreichenden Finanzierung versehen.**

Durch gesetzliche Vorgaben, Krisenprävention und neue Handlungsfelder ist die kommunale Verwaltung gewachsen: In den vergangenen zehn Jahren sind 106 Stellen neu aufgebaut worden. Doch diese Stellen sind nicht deshalb aufgebaut worden, weil wir uns neue Arbeitsbereiche gesucht haben. Uns war sicher nicht langweilig! **Bund und Land haben uns diese neuen Aufgaben zugewiesen.** Parallel dazu werden **bestehende Aufgaben ausgeweitet und komplizierter.** Denken Sie beispielsweise an das **Ausländerrecht!** Heute benötigen Sie ein Studium und eine Dauerweiterbildung, um mit dem Ausländerrecht Schritt zu halten. Sowohl die Anforderungen als auch die Zahl der zu bearbeitenden Fälle sind gewachsen. Oder denken Sie an die Änderungen in der **Landesbauordnung oder auch an die Aufgaben der Wärmeplanung.** Wie sollen und können Sie eine städtische Energiestruktur „dekarbonisieren“? Dies verlangt eine Menge „Gehirnschmalz“ aber auch Investitionen – personelle und finanzielle Ressourcen. Hier müssen Stadtwerke und Stadtplanung eng zusammenarbeiten – und in beiden Bereichen sind für diese neue Aufgabe Personen notwendig.

Für einige dieser **neuen Bereiche gibt es Landes- bzw. Bundesmittel**, aber diese Mittel sind in der Regel **weder ausreichend noch dauerhaft.** Sie werden z. T. zeitlich befristet gewährt, während die Aufgabe auch nach dem Auslaufen der Förderung bestehen bleibt. Oder glaubt jemand, dass Klimaschutz innerhalb von drei Jahren zielführend umgesetzt ist? Andere

Finanzierungen, wie z. B. die Betreuung in den Schulen, sind hochkomplex, bürokratisch und decken dabei weder den Bedarf noch unsere Kosten.

Die Aufgaben, die die Kolleginnen und Kollegen in der Stadtverwaltung übernehmen, sind aber sozial, gesellschaftlich sowie wirtschaftlich wichtig und politisch von der Landes- oder Bundesregierung gewollt. Dabei wird oft ein Porsche bestellt aber ein Kleinwagen finanziert bzw. nur geleast.

Lassen Sie mich einen **anderen Punkt im Ergebnishaushalt ansprechen: die Unterhaltskosten für Gebäude und Infrastruktur**. Straßen, Brücken, Gebäude – vieles stammt aus den 1960er, 1970er Jahren. Sanierungen sind oft aus Kostengründen nicht oder nicht ausreichend erfolgt. Sie alle wissen, was dies bedeutet – der Zahn der Zeit nagt an Gebäuden, Kanälen, Brücken und Straßen. Einige entsprechen nicht mehr den Anforderungen, bei anderen stehen Betonsanierungen oder auch energetische Ertüchtigungen an. Viele Gebäude sind aber nicht im Blick auf Klimaneutralität gebaut, sie heute auf einen CO₂-neutralen Standard umzubauen, ist extrem aufwändig und zum Teil nicht machbar. Die Kosten, die uns hier mittel- und langfristig erwarten, sind noch nicht abzuschätzen.

Liebe Stadträtinnen und Stadträte,

warum gehe ich so intensiv auf den Ergebnishaushalt ein, warum widme ich mich nicht den Investitionen? Ganz einfach: Ohne einen strukturell gut aufgestellten Ergebnishaushalt, kann es keine weiteren Investitionen geben. Wir können keine Investitionskredite aufnehmen, wenn wir nicht zumindest so viel an Überschüssen erwirtschaften, dass wir Zins und Tilgung bedienen können. **Wir setzen im kommenden Jahr daher auf eine konsequente Verbesserung unserer Einnahmen- und Ausgabenstruktur.** Dies mag für einige ein Schock sein, aber es ist der einzige Weg, die notwendigen Investitionen auch künftig schultern zu können.

Was heißt dies konkret?

Schon bei der Planaufstellung 2024 mussten wir Prioritäten setzen und erhebliche Sparmaßnahmen ergreifen, um wenigstens einen für das Regierungspräsidium als unsere Aufsichtsbehörde gerade noch genehmigungsfähigen Haushalt zu erstellen – allerdings hat dies nicht ausgereicht. Für 2025 stehen wir zum zweiten Mal in Folge vor der Herkulesaufgabe, einen noch genehmigungsfähigen Haushaltsplan aufzustellen.

Um es ganz klar zu sagen, genehmigungsfähig bedeutet, wir stehen auf der gerade noch möglichen untersten Stufe auf dem langen Weg zu einem ordentlichen Haushalt, der uns wieder Luft für Investitionen lässt. Um überhaupt diese Stufe zu erklimmen, haben wir daher weitere zahlreiche schmerzhaft Maßnahmen ergriffen, der Erste Bürgermeister wird ihnen diese Maßnahmen gleich erläutern. Grundsätzlich kann ich Ihnen aber sagen: **Für die Mitarbeitenden in der Stadtverwaltung waren die vergangenen Wochen nicht einfach. Projekte wurden verschoben, Strukturen hinterfragt, Gelder gestrichen und eine Kürzung von 20 Prozent in einzelnen Positionen vereinbart. Zwanzig von 100 Euro werden nicht ausgegeben, müssen in den allgemeinen Etats eingespart werden. Dazu kommt ein Stellenstopp.**

Meine Damen und Herren, ein Stellenstopp löst Befürchtungen aus und wir wissen, dass diese Maßnahme zweischneidig ist, zumal wir auch einige Stellen noch nicht besetzen konnten. Wir werden daher immer ein offenes Ohr haben, um Überlastungen zu vermeiden. Wir werden zwar keine neuen Stellen schaffen, aber die Ämter und Dezernate werden noch mehr priorisieren und sich gegenseitig unterstützen.

Sie können sich vorstellen, dass wir mit diesen Maßnahmen, die wir zusammen getroffen haben, keine Freude auslösen. **Doch allen ist klar, dies ist nur der erste Schritt – wir müssen die Strukturen grundsätzlich hinterfragen und analysieren, damit wir nicht bei der Haushaltsaufstellung 2026 an demselben Punkt stehen wie heute. Im Januar/ Februar werden Arbeitsgruppen den Prozess weiter vorantreiben und eine grundsätzliche Aufgabenkritik erarbeiten – unser Ziel ist es, die Fixkosten generell zu senken.**

Dies ist ein Baustein für den Haushalt 2025 und auch für den Haushalt 2026. Wir müssen die Ausgabenseite kürzen – und zwar so, dass es wirklich schmerzhaft ist. **Die lang geglaubte Zusicherung, wir hätten kein Einnahme- sondern ein Ausgabeproblem, kann ich aber so nicht bestätigen.** Durch die Aufgabenmehrung sind unsere Mittel immer mehr gebunden, während die dafür notwendigen Einnahmen (also Finanzierungen) nicht adäquat sind und die Fixkosten weiter steigen. Eine äußerst ungute Mischung!

Wir müssen daher auch die Einnahmenseite stärken. Wir schlagen daher vor, die Gewerbesteuer und einige Gebühren zu erhöhen. Die Gewerbesteuer wurde letztmals 2019 erhöht, seitdem sind die Preise inflationsbedingt um über 20% gestiegen. Unser Ziel ist es, das Gewerbesteueraufkommen so auf dem derzeitigen Level halten zu können.

Wir haben uns aber dagegen entschieden, 2025 die Grundsteuer zu erhöhen. Hier folgen wir dem Grundsatz, dass die Einnahmen für die Kommune **aufkommensneutral** sein sollen – auch wenn es uns schwer fällt. Doch ich bin der Meinung, dass die grundsätzliche Umstellung der Grundsteuer, so wie sie die baden-württembergische Landesregierung vorgesehen hat, für die Bürgerinnen und Bürger herausfordernd genug ist. Mit dieser Umstellung wird für viele Eigentümer eine deutliche Änderung des Steuerbetrags verbunden sein. Dies ist der Bindung der Berechnung an den Bodenrichtwert geschuldet – eine Entscheidung der Landesregierung. **Um die Beträge zu deckeln, werden wir den Hebesatz für die Grundsteuer dieses Jahr deutlich absenken.** Für 2026 müssen wir eine Erhöhung einplanen, um die Inflation auszugleichen.

Meine Damen und Herren,

stecken wir den Kopf in den Sand angesichts dieser Haushaltslage? Nein, auf keinen Fall!

Wir haben den Willen, durch strukturelle Änderungen wieder mehr Handlungsfreiheit zu bekommen. Dies wird nicht leicht: alte Gewohnheiten müssen dabei hinterfragt und vielleicht auch manche harte Entscheidung getroffen werden. **Unsere notwendigen Investitionen werden wir nach dieser Konsolidierung fortsetzen und diese auch weiter planen.**

Liebe Stadträtinnen und Stadträte,

wir in der Kommune gehen diese Herausforderungen mit dem festen Willen an, unserer Aufgaben gerecht zu werden, diese Stadt zukunftsfähig aufzustellen. Dies erwarten wir aber auch von allen anderen staatlichen Ebenen. **Seit Jahren ist es üblich politische Beschlüsse auf Landes- oder Bundesebene zu fassen, und die praktische Umsetzung an die Kommunen weiterzugeben. Dies ist vom Grundsatz durchaus sinnvoll – allerdings wird mit uns nicht dazu gesprochen, was machbar und notwendig ist. Es werden auch nicht unbedingt einfache Verfahren entwickelt, um diese Aufgabe besser zu gestalten – im Gegenteil: Bürokratie und fehlende Ressourcen bestimmen das Bild.**

Die wirtschaftliche Situation und die Rahmenbedingungen sind inzwischen so, dass wir uns ein solches Vorgehen nicht mehr leisten können. Der Bürger erwartet von uns Handlungskompetenz und Entscheidungssicherheit. Er hat Recht! Wir haben in den vergangenen Jahren die wachsenden Aufgaben trotz der sich stetig verschlechterten Rahmenbedingungen gestemmt – allein in der Kinderbetreuung sind derzeit drei Einrichtungen im Bau oder in der Planung. In der Geflüchtetenunterbringung sind wir vorbildlich und im kommenden Jahr werden die ersten Bauarbeiten im neuen Gewerbegebiet an der Siemensstraße beginnen.

Wir erwarten aber Unterstützung statt Barrieren, Hilfe statt Forderungen und vor allem, dass alle Ebenen ihre Hausaufgaben machen.

Meine Damen und Herren, im ARD Deutschlandtrend gaben bereits im September 2023 über 55 % an, kein Vertrauen mehr in die Demokratie zu haben. Erschreckende Zahlen! Die Umfragen in diesem Jahr zeigen, es ist nicht besser geworden.

Dies mag viele Ursachen haben, eine ist aber sicher: Es werden zu viele Versprechen gemacht, die nicht gehalten werden. Fragen werden nicht beantwortet, dafür aber Strategiepapiere geschrieben. Verstehen Sie mich richtig: Strategien sind wichtig, noch wichtiger ist aber **Verlässlichkeit, Nachhaltigkeit und Kommunikation.**

Wir Kommunen sind unseren Bürgern verpflichtet, wir delegieren nicht weiter, wir setzen um! Wir benötigen allerdings auch die Spielräume, die dieses Umsetzen ermöglichen. Bei immer mehr Kommunen ist dies nicht der Fall! Diese Situation muss sich wieder ändern. Nicht nur Fellbach hat die geschilderten Herausforderungen, sondern viele Städte und Gemeinde verzweifeln an der Diskrepanz zwischen dem „Müssen“ und dem „Können“, zwischen den Anforderungen und den dafür notwendigen Ressourcen. In den vergangenen Wochen haben daher immer mehr Kommunen angekündigt, die Haushaltseinbringung zu verschieben. Derzeit denke ich aber nicht, dass sich die Situation in drei Monaten schlagartig verbessert. Wir müssen uns jetzt damit auseinandersetzen.

Liebe Stadträtinnen und Stadträte,

lassen Sie mich nochmal kurz zusammenfassen:

- Die **Konsolidierung unseres Haushaltes steht an erster Stelle:** Wir haben daher bereits sehr schmerzhaft Einschnitte vorgenommen, die gekoppelt sind mit einem Stellenstopp und einer 20% Kürzung der Sachkostenbudgets. Auf der Einnahmenseite

schlagen wir eine Erhöhung der Gewerbesteuer und von Gebühren vor. Wir werden aber den Grundsteuerhebesatz in 2025 senken, damit wir aufkommensneutral bleiben. Im kommenden Jahr werden wir strukturelle Einsparvorschläge erarbeiten und dem Gemeinderat vorschlagen.

- Wir werden aber **trotzdem investieren**: In den Ausbau der Schul- und Kindertageseinrichtungen sind bereits heute bis 2028 knapp 22 Millionen eingeplant. Mit der Sanierung der Feuerwehr Oeffingen beginnen wir im Januar – allein 2025 sind dafür knapp 2,9 Millionen Euro eingestellt.
- Wir erwarten, dass den **Kommunen für ihre Aufgaben vom Land und vom Bund ausreichende Ressourcen zur Verfügung** gestellt werden: Kurzfristige, projektbezogene Beauftragungen sind nicht zielführend. Eine Schulentwicklung stemmen sie beispielsweise nicht einfach nebenbei – sie impliziert nicht nur Baumaßnahmen, sondern auch pädagogische Betreuung.
- Wir appellieren an Land und Bund: **Bürokratie deutlich abzubauen, Projekte/Aufgaben nachhaltig aufzusetzen und Schnellschüsse sowie halbherzige Kompromisse zu vermeiden**

Ein Grundsatz von Charles de Montesquieu war: „Wenn es nicht notwendig ist, ein Gesetz zu machen, dann ist es notwendig, kein Gesetz zu machen.“

Ein Grundsatz, der m. E. schon lange nicht mehr beherzigt wird. Wie wollen sie Gesetze erklären, die kaum zu verstehen sind, bürokratische Anforderungen durchsetzen, die Sie selber für nicht effizient halten. Konzentrieren wir uns wieder mehr auf das Machbare und gebrauchen wir unseren gesunden Menschenverstand!

Meine Damen und Herren,

die Haushaltsaufstellung war schwierig und langwierig – alle Kolleg:innen sind wiederholt aufgefordert worden, zu kürzen und Projekte zu streichen. Alle haben die Notwendigkeit gesehen, auch wenn vielen das „Herz blutete“.

Diese Haushaltsaufstellung war und ist äußerst anspruchsvoll. Ich bin sehr dankbar, mit Frau Arnold eine so erfahrene und kompetente Kämmerin an der Seite zu haben. Sie und Ihr Team haben hervorragende Arbeit geleistet – herzlichen Dank! Mein Dank gilt auch Finanzdezernent Johannes Berner! Sein Dezernat hat in den vergangenen Wochen zahlreiche nervenaufreibende Sitzungen erlebt. Vielen Dank für diesen engagierten Einsatz! Und zu guter Letzt auch herzlichen Dank an unsere Haushaltsstrukturkommission für die Beratung in dieser herausfordernden Zeit.

Ich sehe konstruktiven und zielgerichteten Haushaltsberatungen entgegen und bedanke mich bei allen Beteiligten.